

Beschluss des Landrats vom 20.05.2021

Nr. 904

16. Fragestunde der Landratssitzung vom 20. Mai 2021 2021/232; Protokoll: ama

Lucia Mikeler Knaack (SP) muss als zweite Landratsvizepräsidentin für den Landratspräsidenten Heinz Lerf (FDP) einspringen, welcher sich momentan nicht wohlfühlt. Die erste Vizepräsidentin Regula Steinemann (GLP) ist heute abwesend.

Klaus Kirchmayr (Grüne) beantragt, neben der zweiten Vizepräsidentin jemanden temporär als Vizepräsidentin oder Vizepräsidenten zu bestimmen, damit Lucia Mikeler Knaack nicht allein für die Sitzungsleitung zuständig ist. Er schlägt vor, dass ein ehemaliger Landratspräsident oder eine ehemalige Landratspräsidentin diese Rolle kurzfristig übernehme.

://: Auf Vorschlag der 2. Vizepräsidentin wird Peter Riebli stillschweigend vorübergehend mit der Aufgabe eines Vizepräsidenten betraut.

1. Thomas Eugster: Das BIT kann offenbar immer noch nicht Corona

Thomas Eugster (FDP) dankt für die Antworten und stellt die folgende Zusatzfrage: *Wieso wurde angesichts der steigenden Anzahl an Baugesuchen nicht temporär Personal eingestellt, um die hohe Arbeitslast besser bewältigen zu können? Wird das Thema in Zukunft angegangen, oder bleibt die unbefriedigende Situation weiterhin bestehen?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) erklärt, die Situation im Bauinspektorat (BIT) sei tatsächlich sehr angespannt, dies aufgrund der indirekten und direkten Auswirkungen der Corona-Pandemie, jedoch auch aufgrund der deutlich über dem Durchschnitt liegenden Anzahl von Baugesuchen. Allein im ersten Quartal 2021 wurden über 200 Gesuche mehr als im Vorjahr eingereicht. Für die Wirtschaft ist dies gut, für diejenigen Personen, welche die Gesuche bearbeiten müssen, ist die Arbeitsbelastung jedoch hoch. Unerfreulicherweise gehen momentan auch deutlich mehr Beschwerden ein, damit gestalten sich die einzelnen Verfahren komplexer, anstrengender und mühseliger. In dieser angespannten Lage führen Ausfälle von Mitarbeitenden schneller zu Problemen, als dies üblicherweise der Fall wäre. Tatsächlich wurde aber auf die Situation reagiert und eine Person aus dem technischen Bereich für die Triage der Baugesuche abgestellt. Zudem wurde im Sekretariat eine zusätzliche Mitarbeiterin eingestellt. Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass sich bei der Publikation der Baugesuche Verzögerungen ergeben können, nicht jedoch bei deren Bearbeitung und beim Abschluss der Gesuche. Es ist allen Beteiligten ein grosses Anliegen, die Gesuche zügig zu behandeln.

Christine Frey (FDP) zeigt sich schockiert über diese Antwort, denn ihrer Meinung nach wird nach Ausreden gesucht. In der Bauwirtschaft ist das grössere Volumen auch vorhanden, es kann aber offenbar bewältigt werden. Zusatzfrage: *Weshalb werden nicht alle Architektinnen und Architekten auf die Möglichkeit, eine Baueingabe digital vorzunehmen, aufmerksam gemacht, wenn doch ein Engpass bei der Digitalisierung der Baupläne besteht?* Das E-Baugesuch müsste unbedingt promotet werden.

Thomas Eugster (FDP) findet seine Frage nicht beantwortet. Offenbar liegen deutlich mehr Baugesuche vor, und somit wäre es notwendig, temporär externe Unterstützung zur Bewältigung des

Aufgabenbergs einzustellen, ansonsten müsste man ehrlicherweise längere Fristen kommunizieren.

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) verweist auf die schriftliche Antwort. Auf die gestiegene Anzahl der Baueingaben wurde reagiert, teilweise auch durch interne Verschiebungen. Es ist nicht einfach, jemanden mit den richtigen Skills für eine befristete, kurzfristige Vertretung zu finden. Würde die höhere Arbeitslast längerfristig bestehen bleiben, müsste der Stellenplan angepasst werden. In diesem Fall würde der Regierungsrat auf die Unterstützung durch den Landrat zählen. Christine Frey ist gebeten, den Inhalt der Antwort zu lesen. Im Falle von Verspätungen bei der Publikation werden alle Betroffenen persönlich kontaktiert. Die meisten bringen Verständnis auf, insbesondere, weil nach dem Eingangsengepass in der Regel keine weiteren Verzögerungen zu erwarten sind. Das E-Baugesuch wurde letzten Frühling unter erschwerten Umständen eingeführt. Die Beteiligten und Involvierten werden immer wieder dazu eingeladen, dieses auch zu nutzen. Niemand kann jedoch gezwungen werden, eine Eingabe per E-Baugesuch abzuwickeln, wofür der Regierungsrat um Verständnis bittet.

2. Erika Eichenberger Bühler: Online-Workshop für Kinder und Jugendliche und Resilienzworkshop für Lehrpersonen

Keine Zusatzfragen.

3. Caroline Mall: Sonderpädagogik

Caroline Mall (SVP) betont, ihre Fragen würden sich in erster Linie um das Thema ISF (Integrative Spezielle Förderung) drehen. Es ist logisch, dass ein Rückgang der Kleinklassen zu einer Zunahme von ISF führe. Aus der Antwort des Regierungsrats (S. 5 der Vorlage) kann entsprechend eine deutliche Steigerung der heilpädagogischen Unterstützung herausgelesen werden. Dazu die folgenden Zusatzfragen: *Wie können die Gemeinden mit dem neuen Gesetz, welches am 1. August 2021 in Kraft treten soll, Geld sparen? Zweite Frage: Ist der Regierungsrat bereit, die Gemeinden als Träger der Primarschulen mit finanziellen Mitteln zu unterstützen, weil diese sonst finanziell an den Rand des Ruins kommen?*

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) verspricht eine schriftliche Antwort auf diese Zusatzfragen. [siehe [Nachtrag](#)]

4. Caroline Mall: Zwangszuweisung von 14 Schülerinnen und Schülern auf der Sekundarstufe in Aesch

Caroline Mall (SVP) stellt eine Zusatzfrage. Zwangsverschiebungen müssen jedes Jahr vorgenommen werden. In diesem Jahr waren in der Gemeinde Aesch jedoch besonders viele Schülerinnen und Schüler betroffen. *Wenn so viele Kinder in einer Gemeinde zwangsverschoben werden müssen, stellt sich die Frage, ob die Regierung einen gesetzlichen Standortnachteilsausgleich seitens Kanton an die Gemeinden befürworten würde?*

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) gibt wie folgt Antwort: Das Wort «Zwangsverschiebungen» ist auf der Sekundarstufe nicht angebracht. Es ist in unserem Kanton nicht ungewöhnlich, dass man nicht an seinem Wohnort die Sekundarschule besuchen kann, weil es nicht viele solcher Standorte gibt. Selbstverständlich ist es nicht ideal, wenn man an einem Sekundarschulstandort wohnt und die Schule nicht dort besuchen kann. Ohne Verschiebungen von Schülerinnen und Schülern würden die Sekundarschulen den Kanton deutlich teurer zu stehen kommen. Um einigermaßen vernünftige Lösungen umzusetzen, ist die im Gesetz vorgesehene Beweglichkeit unumgänglich. Diese pragmatische Lösung lässt sinnvolle und zumutbare Zuteilungen zu.

Jan Kirchmayr (SP) findet es speziell, dass Schülerinnen und Schüler, die direkt neben der Sekundarschule Aesch wohnen, teilweise die Schulen in Reinach oder Münchenstein besuchen müssen. Dies ist für die Betroffenen unverständlich und führt zu Fragen. Wichtig für unsere Gesetze und Verordnungen ist unter anderem eine gute Nachvollziehbarkeit. Zusatzfrage: *Welche Alternativen bestünden, um Verschiebungen von Personen, die direkt neben der Schule wohnen, zu verhindern?*

Antwort: Für Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) präsentiert sich der Sachverhalt gleich, egal ob man einen Meter oder 700 Meter neben der Schule wohnt. Es wird immer angestrebt, dass die Sekundarschule am nächstgelegenen Standort besucht werden kann. In einigen Fällen jedoch ist dies leider nicht möglich.

5. Caroline Mall: Jede dritte Fachperson der Sozialen Arbeit am Rande des Burnouts

Caroline Mall (SVP) dankt für die Beantwortung ihrer Fragen. Folgende Zusatzfragen möchte sie ergänzend geklärt haben: *Welche Anlaufstellen für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter bestehen, und wie präsentiert sich die Situation in unserem Kanton? Wann wird sich der Kanton dieser Thematik konkret annehmen?*

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) erklärt, dass auch diese Fragen schriftlich beantwortet werden. [siehe [Nachtrag](#)]

6. Peter Hartmann: Aussagen des Geschäftsführers der Schweizer Salinen AG in der BaZ vom 17. Mai 2021

Peter Hartmann (Grüne) hat zwei Zusatzfragen: Zu Frage 1 betreffend Kavernen und Bohrungen: Bei der Kaverne des aktiven Bohrfelds Grosszinggibrunn vermutet der unabhängige Experte und ETH-Professor Dr. Löw, dass bereits heute lokal Kavernenverbrüche stattfinden. Dies würde die Frage aufwerfen, ob die behauptete Dichtigkeit der Kavernen wirklich Realität ist. *Teilt der Regierungsrat diese Einschätzung?*

Zu den Ausführungen zu Frage 2: Die Regierung hält fest, dass die Dichtigkeitsstandards bei den Bohrungen 2006 bis 2013 noch weniger streng waren, als sie es heute sind. Diese Antwort bezeichnet Peter Hartmann als nach seinem Kenntnisstand falsch und irreführend. Gemäss einer Aussage von Urs Hofmeier im Beisein von Prof. Löw bestand bereits im Jahr 2003 ein Salineninternes Papier, welches den strengeren Standard von 0,02 bar/h Druckverlust festlegte. Es wird daher vermutet, dass irrtümlicherweise bei den Bohrungen die alten Standards angewendet wurden und die Testergebnisse daher nicht gemäss dem Stand der Technik beurteilt wurden. *Weshalb man diesem Irrtum unterlag, ist heute nicht mehr eruierbar. Ist die Regierung bereit, ihre Antwort zu überarbeiten und zu korrigieren, dies wenn nötig nach Rücksprache mit einem unabhängigen Experten?*

Antwort: Regierungspräsident **Anton Lauber** (CVP) stellt fest, dass die Fragen seiner Meinung nach beantwortet wurden. In der dafür zur Verfügung stehenden Zeit konnten keine neuen Gutachten in Auftrag gegeben werden oder Details nachgefragt werden, insbesondere solche betreffend Frage 2. Das interne Papier aus dem Jahr 2003 ist dem Regierungsrat nicht bekannt, er wird jedoch nachfragen. Ob die Antwort zu seiner Nachfrage – neben den momentan bereits laufenden Gutachten – zu einem weiteren Gutachten führen wird, ist heute noch unklar.

Zu Frage 1 betreffend Kavernenbrüche: Auch hier wird der Regierungsrat nachfragen, um eine wissenschaftlich fundierte und präzise Antwort vorlegen zu können. Er wird in dieser Sache gerne erneut auf Peter Hartmann zukommen. Beide Fragen sind auf jeden Fall notiert. [siehe [Nachtrag](#)]

7. Sven Inäbni: Fluglärmproblematik des EuroAirports (EAP)

Sven Inäbni (FDP) dankt für die Beantwortung seiner Fragen. Er geht davon aus, dass die Antworten in erster Linie vom EAP verfasst wurden. Zusatzfrage: *Wie wertet der Regierungsrat die erstaunliche Antwort des EAP zu seiner Frage 1? Anscheinend gibt es aufgrund eines Softwareproblems keine Daten zu Flugbewegungen und Pistenbenutzung, aufgeschlüsselt beispielsweise nach Tageszeiten, wie diese früher publiziert wurden. Aus Benutzersicht wären solche Daten unabdingbar, und sie sollten mit vertretbarem Aufwand erstellt werden können. Die Antwort des EAP erachtet Sven Inäbni als unbefriedigend. Heute sind die relevanten Daten über mehrere Dokumente verteilt auf der Homepage des EAP, und sie müssen mühsam zusammengetragen werden.*

Rahel Bänziger (Grüne) bläst ins selbe Horn wie Sven Inäbni. Erst Ende Juni 2021 sollen die fehlenden Jahresdaten 2019 und 2020 publiziert werden, dies aufgrund eines zwei Jahre dauernden Software-Fehlers. Während der letzten Jahre fand ein Erhebungsverfahren zum so genannten Balanced Approach durch den EAP statt. Die Stakeholder wurden angefragt, wie sie zum Lärm und zum EAP stehen. Ausgerechnet in dieser Phase der Erhebung und Befragung wurden aber die entsprechenden Flugdaten nicht publiziert. Im Herbst 2020 wies der Landrat auf Antrag der GPK den Jahresbericht 2019 des EAP zurück. Betreffend Ergebnisse des Balanced Approach kann festgestellt werden, dass ein Berg eine Maus geboren hat. Der EAP ist einzig dazu bereit, auf Starts nach 23 Uhr zu verzichten. Was jedoch, wenn sich zeigen würde, dass die Grenzwerte in den letzten zwei Jahren massiv überschritten wurden? Ein Schelm, wer dabei Böses denkt... Zusatzfrage: *Wie sieht die Vernehmlassungsantwort des Regierungsrats zum Balanced Approach aus, und ist er mit den vom EAP vorgeschlagenen, minimalen Massnahmen zur Lärmreduktion in den Nachtstunden zufrieden?*

Robert Vogt (FDP) bezieht sich auf die Antwort 1. Zusatzfrage: *Gibt es eine kantonale Fachstelle, die solche Fragen direkt beantwortet? Ist für solche Anliegen die kantonale Lärmschutzfachstelle anstelle des EuroAirport zuständig?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) stellt fest, die Luftfahrt befinde sich in einer ihrer grössten Krisen, dennoch löse das Vorgehen des EAP auch beim Regierungsrat ein Stirnrunzeln aus. Auch der Regierungsrat zeigt sich angesichts der aktuellen Situation nicht befriedigt und wird insistieren, dass die Daten kundenorientiert, vollständig und schnell aufbereitet und publiziert werden.

Betreffend Balanced Approach kann Thomas Weber auf die am 4. Mai 2021 veröffentlichte Antwort verweisen, welche unter «Vernehmlassung an den Bund» auf der kantonalen Homepage aufgeschaltet ist. Daraus zitiert er wie folgt:

«Für den Kanton Basel-Landschaft ist entscheidend, dass die Lärmschutzanstrengungen mit der Einführung der vorgesehenen Massnahmen nicht enden. Zusätzliche Schritte sind einzuleiten und umzusetzen, dazu gehört eine Verbesserung der Lärmsituation generell und besonders in der Zeit von 22 bis 23 Uhr. Ebenfalls legt der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft grossen Wert auf die Umsetzung der Elemente aus dem Lärmvorsorgeplan, dazu gehören beispielsweise begrenzte Lärmkurve, Abflugverfahren, Fünfknotenregelung, usw.»

Zur Frage von Robert Vogt erklärt Regierungsrat Thomas Weber, dass die Regelung diesbezüglich komplex sei. Sowohl die Lärmschutzfachstelle als auch die Fluglärmkommission und das Beteiligungsmanagement bei der VGD sind daran beteiligt, gemeinsam mit dem EAP und der Aufsichtsbehörde die entsprechenden Themen zu diskutieren und zu regeln. Wichtig ist auf jeden Fall eine rasche und vollständige Zusammenstellung der verlangten Daten.

8. **Marc Schinzel: Tiefe Impfquote beim Personal von Alters- und Pflegeheimen**

Marc Schinzel (FDP) dankt dem Regierungsrat und der VGD für die Antworten zu seinen Fragen, welche klare Zahlen nennen. Diese Zahlen geben ihm persönlich zu denken, denn das Pflegepersonal hätte sich seit Februar impfen lassen können. Trotzdem und trotz der Vorbildfunktion dieser Berufsgruppe liegt die Impfquote bei lediglich 45 bis 55 %. Der Kanton will offenbar die gemeinsame Kampagne des BAG und von Curaviva Schweiz unterstützen. Marc Schinzel stellt in diesem Zusammenhang die folgende Zusatzfrage: *Ist man seitens Kanton bereit, bei den Verantwortlichen der Institutionen und bei den Verbänden nachzustossen und die Wichtigkeit des Impfens hervorzuheben?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) erklärt, dazu seien die Verantwortlichen beim Kanton durchaus bereit, sie stehen auch in stetem Kontakt mit Curaviva Baselland. Das Thema ist insbesondere auch daher wichtig, weil ein signifikanter Unterschied bei der Impfbereitschaft beim Pflegepersonal in Spitälern und beim Personal in den APHs besteht. Letztlich erfolgt die Impfung auf freiwilliger Basis, jedoch geht es trotzdem um eine Motivation, sich zugunsten nicht nur der eigenen, sondern auch der breiten Gesundheit impfen zu lassen.

9. **Andi Trüssel: Wie werden pandemiebedingte Stellen später wieder abgebaut?**

Andi Trüssel (SVP) dankt dem Regierungsrat für die sehr umfassenden und ausführlichen Antworten. Auch dem GPK-Bericht konnte der Landrat heute Morgen entnehmen, wie gut und optimal die Regierung die Coronakrise seit Monaten bewältigt. Andi Trüssel wäre froh, die Grosskonzerne würden in ähnlicher Art und Weise mit ihrem Personal umgehen, wie es in unserem Kanton der Fall ist. Dafür dankt er herzlich und stellt die Zusatzfrage, *ob der Regierungsrat seinen Dank annehmen kann.*

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) antwortet: Ja, danke.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
